

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Delpalz.
Redaktion & Rumpf, Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffleto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Aboabonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und einstiegszeitliche Bringerlohn monatlich 1.90 M. Durch die Post bezogen mindestens 4.00 M. unter Strafzettel für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.0. 6.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tageszeitung Preissätze mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Werbeanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 60.

Dresden, Mittwoch den 13. März 1918.

29. Jahrg.

Der baltische Rummel. — Deutscher Luftangriff auf Neapel. Wilson für Russlands Wiederherstellung.

Eine Gefahr für Deutschland.

Wir haben oft während des Krieges in unseren allgemeinen Blättern empfohlene Artikel darüber zu lesen bekommen, daß unsere Feinde, und besonders England, mit Ang und Zorn gegen uns arbeiten. Aber der Schwund, der jetzt in dieser Presse mit den baltischen Gebieten getrieben wird, ist wohl ärger als alles andere, was während des Krieges an Spindeln geleistet worden ist. Unser Feind kann man ja dem deutschen Volk einreden, daß die baltischen Gebiete ein deutsches Land sind. Daran ist, wie ich sehe, hervorgehoben haben, kein wahres Wort. Die Deutschen bilden eine verhindernde Minderheit der Bevölkerung. In Kurland und Livland gibt es einen Proz. und in Estland etwa 5 Proz. Deutsche. Die Leute also, die von den „deutschen“ Provinzen sprechen, betrügen das deutsche Volk auf den Infanterie. Gelegentlich berufen sich die Herrschaften darauf, daß diese Länder „deutsche“ Kultur hätten. Gewiß, es ist richtig, daß die Bevölkerung dieser Gebiete in vergangenen Zeiten ihre Kultur über Deutschland bekommen hat — wie ja überhaupt der Kulturstrom vom Westen nach Osten gegangen ist und zum Teil noch geht. Auch Deutschland hat zahlreiche Kulturelemente aus dem Westen übernommen. Aber sein Anspruch auf die Ostseeprovinzen ist ebenso berechtigt wie etwa ein französischer Anspruch auf deutsches Gebiet, der sich darauf stützt, daß Deutschland stark durch die französische Kultur beeinflusst worden ist. Die Aufforderung des kurländischen Landesrates an den Kaiser, den kurländischen Herzogshut zu übernehmen, hat zur Folge, daß der baltische Rummel in den aldeutischen Blättern noch stärker als bisher betrieben wird. Neben der kurländischen Vertretung haben wir unsere Meinung schon oft gefragt. Bezeichnend für den kurländischen Landesrat ist, daß in ihm kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft sitzt und kein einziger Vertreter der Juden, die in Kurland etwa 6 Prozent der Bevölkerung ausmachen, also beinahe soviel wie die Deutschen.

Auch aus Livland sind jetzt Telegramme eingegangen, in denen der Schutz des Deutschen Reiches gefordert wird. Sowohl die livländische Ritterschaft wie deutsche Professoren, Dozenten und Studenten der Universität Dorpat fordern Wilhelm II., ihren Dank aus und geloben ihm unverblümliche Loyalität. Die Dresdner Nachrichten bringen es fertig, aus den Ausführungen von ein paar Junfern, Professoren und Studenten einen Willensausdruck der livländischen Bevölkerung zu machen. Hier muß man freilich sagen: Gelegen wie gebeut! Wer hinter diesen Wünschen nach einer Verbindung der baltischen Provinzen mit Deutschland steht, sieht man sofort, wenn man die Namen liest, die unter den Willensausdruck stehen. Da findet man immer einen Baron nach dem anderen. Im kurländischen Landesrat hat sich allerdings auch ein angeblicher Vertreter des lettischen Kleingrundbesitzes für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen. Aber niemand weiß, wie weit dieser Mann die Anschaunungen der lettischen Beamten wirklich richtig wiedergibt.

Die Regierung der baltischen Jungen zu Deutschland ist funkelnd neu. Man muß anerkennen, daß die baltischen Deutschen sich Aufstiftungsversuchen der zaristischen Regierung gegenüber zäh und entschieden entgegengestellt haben. Aber im übrigen haben sie, solange Männer in Petersburg berichtete, nie daran gedacht, sich von Kurland trennen zu wollen. Im Gegenteil, sie sind die treuesten Diener der zaristischen Regierung gewesen. Sie waren eine der festesten Säulen des absolutistischen Regiments und haben sich bei den Auflösungen dadurch höchst verhakt gemacht. Sie haben dem Kaiser eine große Menge seiner treuesten Beamten und Generale gestellt. Ihr Deutschtum hat sie nicht abgehalten, die zaristischen Orden gegen Deutschland zu führen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß eine ganze Anzahl der besten russischen Generäle, z.B. Tschernomikoff, der den Einfall in Ostpreußen leitete, Sievers und Evert, deutsche Namen tragen. Jetzt, wo der Zar gestorben ist, wo sie ihre Vorteile und Privilegien bedroht sehen, würden die baltischen Jungen auf einmal ihr Herz für das Deutsche Reich. Das deutsche Volk hat über keinen Grund, sich aus Rücksicht auf diese Leute eine Last aufzubürden, außer es vielleicht Jahrhunderte schwer zu tragen haben würde. In den ganzen Ostseeprovinzen wohnen etwa 200 000 Deutsche, also noch nicht einmal soviel wie in einer kleineren deutschen Großstadt. Wenn wir mit der notwendigen Energie in Deutschland die Feindseligkeit bekämpfen, so haben wir für unser Volk in wenigen Jahren einen so großen Zugriff, wie das ganze baltische Deutschtum beträgt.

Doch gerade unsere konservativen Herrenmenschen die Vereinigung der baltischen Gebiete mit Deutschland wünschen, ist ja begreiflich. Sie hoffen, daß ihnen das eine Verstärkung ihrer Macht und ihres Einflusses bringen wird. Die Russen des deutschen Volkes aber haben keinen Grund, auf den Jungen zu hoffen, den das deutsche Volk da bekommen würde, übermäßig zu sein. Jungen haben wir in Deutschland wahrlich genug. Doch das wäre lächerlich eine Rebefrage.

Deutsche und österreichische Truppen vor Odessa.

(W. T. G.) Amlich. Großes Hauptquartier, den

13. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu vielen Abschüssen lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Gründungsbürgeliebigkeit blieb regen.

Bei Überwehr eines belgischen Vorstoßes östlich von Kiew wurden vier Offiziere und 30 Mann getötet. Eigene Unternehmungen östlich von Sonneburg und südwestlich von Kreuzenstein 23 Engländer und Portugiesen ein. Der Champagne schickten westeuropäische Kompanien nach starker Feuerwerkerbelung die französischen Gräben nordöstlich von Brodowin und folgten nach Zerstörung der feindlichen Anlagen mit 90 Gefangenen in ihre Linien zurück.

Starke Erkundungsbürgeliebigkeit in der Lust führt zu heftigen Kämpfen. Wir schossen gestern 19 feindliche Fliegengänge und 2 Geschosse ab.

Rittmeister Freiherr v. Richthofen errang seinen 64. Lieutenant Freiherr v. Richthofen seinen 28. und 29. Sieg.

Osten:

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen stehen vor Odessa.

Mazedonische Front.

Bei Malow im Gernabogen hielt die seit einigen Tagen durch eigenen erfolgreichen Vorstoß herauferworbene erhöhte Feuerfähigkeit der Franzosen auch gestern an.

Von der

Italienschen Front

nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Zubendorff.

Wichtigster sind die äußeren politischen Gefahren, die mit einer Angliederung des Baltikums verbunden wären.

Da wir durch die Vereinigung der baltischen Provinzen mit Deutschland Kurland seine Ostseeküste bis auf einen ganz kleinen Teil abnehmen würden, so ist kaum anzunehmen, daß sich die Russen mit der Gestaltung der Dinge abfinden würden. Zu einem Kriege würden die baltischen Gebiete nur schwer zu verteidigen sein. Von einer Verbesserung unserer Grenzen kann man nicht reden, wenn diese Randländer Deutschland angegliedert werden. Wie ein langer, schmaler Fänger erstreckt sich die baltischen Länder nach Norden. Im Kriege würde unsere Front umgebaut verlängert, und es wäre einem überlegenen russischen Heere leicht möglich, unter in den Ostseeprovinzen liegenden Truppen abzuschneiden. Ob die Verbindung mit ihnen auf dem Seeweg aufrecht erhalten werden könnte, ist zumindest sehr zweifelhaft. Wenn die Russen wieder rüsten, werden sie das auch zur See tun, und sie werden dann möglicherweise über so viel Unterseebooten verfügen, daß sie den Verkehr in der Ostsee vollständig lahmlegen können.

Höchstens dann wäre trotz allen Bedenken die Annahme dieser Länder an Deutschland erträglich, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung, also auch der Ehen und Letzen, sich unzweideutig für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen hätte. Aber davon kann bisher keine Rede sein, denn es besteht in diesen Gebieten noch keine Körperschaft, deren Erklärungen ein zutreffendes Bild der Anschaunungen der Soldaten geben könnten.

Die Entwicklung der Dinge im Osten droht für Deutschland eine schwere Gefahr zu werden. Die Regierung hat sich über die baltische Frage bisher noch nicht geäußert.

Über die Tatsache, daß sie das Leben der Aldeutschen ohne

Widerspruch hinnimmt, lädt den Verdacht begründet erscheinen,

dass sie im Grunde ihres Herzens mit den Aldeutschen ein-

verstanden ist, und daß ihr eine Lösung, wie diese Herren

sie wünschen, also eine baldige Festlegung des Anschlusses der

Ostseeprovinzen an Deutschland, erwünscht wäre. Es ist dringend notwendig, daß der Reichstag sich sehr energisch der

baltischen Frage annimmt. Eine Verbindung der baltischen Provinzen mit Deutschland wäre von so schwerwiegender

Bedeutung, daß sie selbstverständlich nur mit Zustimmung

des Reichstags erfolgen darf. Das Berliner Tageblatt

erinnert daran, daß im Jahre 1911 nach Abschluß des

Maroko-Kongo-Vertrages der jetzige Reichskanzler und

damalige Abgeordnete Freiherr v. Hartling einen Antrag ein-

gebracht hatte, in dem es hieß: Zum Erwerb oder einer Ab-

teilung eines Schengebietes bedarf es eines Reichsgesetzes.

Danach muß man annehmen, daß Graf Hartling etw. recht

der Ansicht sein wird, daß eine Verbindung europäischer

Gebiete mit Deutschland nicht ohne ausdrückliche Zustimmung

des Reichstags zulässig ist. Unter keinen Umständen darf sich

der Reichstag hier, wie schon so oft, vor einer vollendeten Tat-

lichkeit stellen lassen, sondern er muß sofort so entschieden wie

möglich eingreifen. Es ist wahrscheinlich Gefahr im Vergleich.

Russische Truppen auf Japans Seite.

Dem Allg. Handelsbl. zufolge berichtet der Washingtons Vertreter der New York World, daß es jetzt wohl sicher sei, daß starke japanische Streitkräfte noch Sibirien und den nördlichen Teilen des Landes besetzt sind. Vielleicht wird sich ihnen eine russische Division anschließen, die aus Soldaten zusammengestellt ist, die den Alliierten freundlich gesinnt sind und sich nach Japan und dem nördlichen Sibirien vor den Bolschewiki geflüchtet haben. Fürst W. W. der jetzt in Peking ist, würde wahrscheinlich die Führung dieser Division übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, um die chinesischen Divisionen zu befehligen, die sich den Japanern anschließen werden. — Der Times wird dazu aus Peking gemeldet: Der Kommandant der Kosaken, die gegen die Bolschewiki operieren, General Semenow, hat längs der sibirischen Eisenbahn bis zur Karakorum Verbindung mit der Amurenjeben hergestellt. Er ist am Freitag auf eine Truppe von ungefähr 2000 Bolschewiki gestoßen. Diese hatten Feldartillerie bei sich und rückten an der Eisenbahn von Dauria 15 Meilen westlich der mongolisch-chinesischen Grenze vor. Nach einem kurzen Gefecht mußte sich Semenow zurückziehen. Er hätte seine Stellung halten können, wenn er mit Artillerie und Maschinengewehren verfehlt hätte. In Sibirien befinden sich drei solcher Kosakenlager.

Das Reuterbüro meldet aus Peking: Nach dem Rückzug der Kosaken Semenows auf eine Stellung in der Nähe einer mongolischen Bahnstation rückte der chinesische Kommandant von Chardin an den Bolschewiki. Führer der Widerstandsbewegung gab die Warnung, daß jeder Einfall in das chinesische Gebiet als eine kriegerische Handlung betrachtet würde, so man von der Streitmacht Semenows annehme, daß sie die russische Provinzialregierung vertrete, die von China anerkannt worden sei. Die Kosaken haben die Bolschewikiführer von Plogowitschki verhaftet und die Truppen der Bolschewiki entwaffnet.

Aus Shanghai meldet das Reuterbüro, daß die Bolschewikiführer von Tschauff auf die chinesischen Behörden der Grenzstationen der Mandchurie die Versicherung telegraphiert hätten, daß sie keine unfreundlichen Absichten gegen China begehen und daß sie nur den Rebellen Semenow angriffen. Die Chinesen antworteten, die Belagerungen Chinas an Aufstand seien unverändert und sie seien daher nicht in der Lage, Semenow als Rebellen zu betrachten. Peking ist jetzt laut Telegramm von den patriotischen Russen zum Verhandlungsort ausgewichen worden. Nicht nur die über die Mandchurie und Sibirien geflüchteten Führer befinden sich in der chinesischen Hauptstadt, sondern auch einige russische Truppen, die auf chinesischem Boden neu gebildet werden, um gegen die Manchuristen zu kämpfen. Der Kommandant der russischen Flotte, Admiral A. Michailoff, der früher nach dem Sturz des Barons von Amerika geflüchtet war, kam mit 96 russischen Marine-Offizieren nach Peking und beschäftigte sich an den Beratungen der russischen Emigranten. Die Times erhält aus Peking: Fürst Kudrassow, der russische Gesandte in Peking, wird die Unterstützung der Alliierten erbitten.

Der Korrespondent des Petit Parisien berichtet aus Washington: Wilson wird in einer bevorstehenden Besprechung tatsächlich erklären, die Vereinigten Staaten könnten der japanischen Intervention in Sibirien nicht zustimmen. Eine amerikanische Aktion im Osten würde der ganzen Tradition der Neuen Welt widersprechen.

Japanische Ministererklärung.

Tokio, 13. März. (Reutermeldung.) In Erwidnung einer Anfrage im Abgeordnetenhaus erklärt Motono, er habe von den Alliierten keine Aufforderung erhalten, Truppen nach Sibirien zu schicken, es bestehe aber ein andauerndes Meinungsausgleich. Eine nähere Erklärung würde ungeziemlich sein. Der Führer der Opposition sprach zugunsten einer militärischen Aktion. Der Premierminister erwiderte, bisher sei noch keine Entscheidung bezüglich der Truppenabfertigung gefallen, aber die Regierung würde ihr die größte Sorge.

Gerichte aus Rußland.

Über die augenblickliche Lage in Petersburg ist noch immer kein klares Bild zu gewinnen. Welche die Bolschewik-Herrschaft noch, oder ob sie bereits gefüllt ist? Der Korrespondent der Morning Post erhält aus Petersburg, daß Moskau in den Händen der Narodnistenpartei sei, gegen die die Bolschewiks einen hartnäckigen Kampf führen. Es sei auch zweifelhaft, ob es den Petersburger Truppen gelingen werde, Moskau zu erreichen. — Nouvelles de Lyon erhält aus Moskau: Der Sowjet von Moskau hat die Ratifikation des Friedensvertrages mit den Mittelmächten mit ungeteilter Mehrheit angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis lädt auf den sicheren Erfolg der Volkskommissare der Regierung auf dem Sovietkongress in Moskau.

schließen. Von 195 Sowjets haben 110 auf drakonische Anfrage ihr Votum für die Annahme der Friedensbedingungen abgegeben.

Auch der Petersburger Sowjet steht auf dem Standpunkt Lenins und der Juwelsa. Das Blatt schreibt, daß der Rat der russischen Bourgeoisie, die die Weiße Garde begünstigt und die Deutschen in das Land geholt habe, es nötig mache, Gott zu gewinnen, um ein neues Heer zu bilden. Die Demobilisation sei ein notwendiger Vorläufer des künftigen Kampfes. Der Friedensvertrag von Brest müsse deshalb bestätigt werden. Diese Stimme bestätigt, daß selbst Lenin und seine Anhänger dem Frieden von Brest nur geringe Dauerhaftigkeit zubilligen.

Times verneint aus Petersburg: „Der Kongress der sozialistischen Partei hat beschlossen, den Namen der Partei in „russische kommunistische Partei“ abzulehnen. Auch das Programm ist so geändert worden, daß die Partei nunmehr einen internationalen Charakter erhält. Das Ziel ist, überall vom Sowjet regierte Republiken zu errichten, die Diktatur des Proletariats zu proklamieren und die Bourgeoisie zu verdrängen. Die Partei hat mit großer Mehrheit beschlossen, den Vertrag von Brest-Utrojisch zu ratifizieren.“

Wilson am den Moskauer Kongress.

Washington, 11. März. (Reuter.) Wilson schickte an den amerikanischen Konsul in Moskau folgende Botschaft: Ich möchte die Gelegenheit des Zusammenschlusses des Kongresses des Sowjets erzielen, um die offizielle Annahme des Vertrages der Vereinigten Staaten in dem Augenblick auszufordern, wo die deutsche Flotte sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seinen Erfolg zu bringen sowie die Wünsche Deutschlands an die Stelle des russischen Volkes zu setzen. Ungefährlichweise ist die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbare Hilfe zu leisten, aber sie würde es wünschen, diese Hilfe zu erweisen. Ich möchte dem russischen Volke durch den Kongress jede Gelegenheit geben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede Gelegenheit bemüht wird, um Russland noch einmal die vollkommene Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten zu stützen und ihm wieder zu seiner großen Rolle im Leben Europas und der modernen Welt im vollen Umfang zu verhelfen. Das Volk der Vereinigten Staaten nimmt mit ganzem Herzen an dem Versuche des russischen Volkes teil, sich von jeder ausländischen Regierung zu befreien und Herr seines eigenen Lebens zu werden.

Russisch-ukrainische Verhandlungen.

Bien, 13. März. Das ukrainische Bureau meldet: Riesige Männer zu Fuß begannen in Klein die Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine.

Berichtete Bahnen.

London, 12. März. (Neutermeldung.) Von außerordentlicher Seite berichtet, daß in der Nähe von Karlsbad, 70 Meilen östlich von Prag, die Eisenbahnschreie gehört ist. Melbungen aus Karlsbad besagen, daß jede Verbindung mit Westsibirien unterbrochen ist.

Der neue Bombenangriff auf Paris.

Reuter meldet aus Paris: Sieben feindliche Flugzeuggeschwader haben am Montag abend 10 Uhr Paris angegriffen und Bomben auf verschiedene Punkte der Stadt abgeworfen. Es sind Menschen dabei bestimmt und Schaden unangefochten.

Die Opfer des erneuten Luftangriffs.

Paris, 18. März. (Agence Havas.) Bei dem feindlichen Luftangriff wurden in Paris selbst 20 Personen getötet und 50 verwundet. In der Gemarkung wurden 5 getötet und 29 verwundet: 66 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden zweigefüllt in dem Gebäude, das infolge des panzerartigen Schrecks am Eingang der Untergrundbahn entstand, wo die Menge Ansturm sucht. Besonders betroffen wurde ein Hospital, wo sechs Personen getötet und sieben verwundet wurden.

Luftangriff auf Neapel.

Berlin, 12. März. (Neutermeldung.) Marineluftstreitkräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März Hafenanlagen und militärische Garnisonen von Neapel sowie die Eisenenzen von Napoli ausgleich und wirkungsvoll mit Bomben belegt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Engans, 12. März. Der Luftangriff auf Neapel in der Nacht vom Sonntag auf Montag hat in ganz Italien außerordentlich überrascht und erstaunt. Die Blätter sagen sich, wie es dem Feinde möglich war, so weit nach Süden vorzudringen, und überblicken sich in Verlusträumen, daß die feindliche Abfahrt, Furcht und Verwirrung zu verbreiten, das Gegenteil erreicht habe. Man weiß noch nicht, von welcher Art der oder die einzige Munition waren. Die meisten glauben, daß es sich um ein Umlaufdrift handelt, das von Spalato, Cattaro oder Durazzo her das Adriatische Meer überfliegen hat. Die be treffenden Entfernung sind 352 bzw. 407 bzw. 448 Kilometer. Der Angriff fand um 1 Uhr nach Mitternacht statt und erfolgte aus sehr großer Höhe, so daß es, wie Agnese Scolari bemerkt, den feindlichen Piloten nicht möglich war, ihre Ziele genau zu erkennen. Es wurden 18 Toten und 50 Verwundete gezählt. In einem Hause im Stadtviertel San Giacomo wurden 5 Personen getötet, 15 verwundet. Ferner wurden Häuser getroffen in der Via Roma, Via Municipio, Via Serrapellini, Via Conte di Tola, Piazza Concordia, bei der Treppe von San Matteo, bei Santa Maria Apparente. Getroffen wurden ferner die Kirchen Santa Brigida und San Nicola da Tolentino.

Landsbowne über die belgische Frage.

Aus dem am 5. März im Daily Telegraph veröffentlichten Briefe des Lords Lansdowne seien nach dem nunmehr vorliegenden Blatt zwei Seiten ausführlicher wiedergegeben. Mit Bezug auf die vom Grafen Herlitz geforderten belgischen Garantien sagt der Brief nach Ankündigung der betreffenden Stelle in der Note des Bases: „Wenn eine solche Garantie wirklich alles ist, was Herlitz verlangt, um zu verhindern, daß Belgien gegenüber oder aufmarschiert feindlicher Nachbarstaaten werde, so sollte es sicherlich nicht schwierig sein, ihm zuzustimmen. Dassen Sie uns hören, daß er im Laufe des Dialogs, der zweifellos weitergeht, uns sagen will, ob es das ist, was er meint, oder ob er gänzlich andere in der Begriff ist, nicht angesehene Männer im Sinne hatte, als er seine etwas unglaubliche Forderung aufgestellt. Dieser Punkt erfordert Aufklärung, da, wenn Herlitz' Angebot abgelehnt werden ist, dieses in erheblichem Grade auf der Interpretation beruht, die man seines Neuerungen bezüglich Belgiens geben hat.“

In Bezug auf die Frage der Gebietsabtretungen von einer Macht auf die andere ist der Gedanke des Beließselbers der, daß nach der deutschen Sicherung einer Herausgabe der Industrie des gegnerischen Reichs defensiv schädliche Gebiete der Abbaugabe einer Friedenskonferenz nichts im Wege steht und die Entscheidung über alle sonstigen, um das künftigen Schicksal willen beanspruchten Veränderungen des ante bellum Bestandes, die eben selmes Großherzogtum einem ganz anderen Heute stehen, dieser Konferenz überlassen

bleiben sollte. Der Brief sagt bezüglich dieser von Beließselber, Italien und England geforderten territorialen Veränderungen: „Ich bin wohl entsezt, daß dieselben auf dem gleichen Niveau stehen, aber sie sind dem Wesen nach verschieden von den Alten, bei denen es sich lediglich um eine Zurückgabe handelt“ und fragt: „Müssen nicht, wenn wir, wie der Premierminister gesagt hat, am Ende des Krieges einen großen internationalen Friedenskongress haben werden, die zur letzten Stunde gehörenden Fragen denselben unvermeidlicherweise überlassen werden?“

Lord George hat einen speziellen Vorschlag hinzugefügt, dem sich Präsident Wilson anschließt, daß die Frage der deutschen Kolonien, eine durchschwierige und delikate Frage, einem derartigen Kongress vorbehalten bleibe. Der Brief schließt: „Glaubt jemand, daß diese Fragen geregt werden könnten, und zwar innerhalb eines vernünftigen Zeitraums, während der Krieg noch wählt? Wenn wir dem jetzt sehr tun, als in voraus die Grundlage aufzustellen, nach denen der Friedenskongress diese Fragen behandeln wird, und können wir die vom Präsidenten vorgeschlagenen Grundsätze, die anscheinend beide Seiten annehmen mögen abgelehnt sind, verbessern?“

Neue U-Bootsbeute.

Berlin, 12. März. Amlich. Neue U-Bootsbeute auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, 19500 Brut erlegtertonnen.

Unter den versunkenen Schiffen befand sich der englische bewaffnete Tampier Rockpool, 4502 Bruttoregistertonnen, der 6000 Tonnen Gerste und 615 Tonnen Stahlbarren geladen hatte. Der Kapitän des Schiffes wurde gefangen eingekommen. Zwei weitere 5000 Bruttoregistertonnen große Damfer wurden vor dem Westausgang des Nermesslands versenkt, davon einer, wahrscheinlich amerikanischer Nationalität, aus einem einsenden stark gesetzten Geleitzug heraus.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Besatzung des Gesablers.

Amsterdam, 12. März. Die Times meldet aus Palpatra: Die niederländischen Behörden haben die Waffen der Besatzung des Gesablers beschlagnahmt. Die Besatzung sieht sich als lästige Seelute betrachtet und nicht angemessen.

Finlands nächste Ziele.

Das Programm der finnischen Regierung umfaßt nach Erkundigung der Post. Sig. an zuständiger Stelle:

1. Säuberung Finnlands von den Bolschewiki,
2. die Lösung der Ålandfrage,
3. Regelung der Verhältnisse zu Ost-Karelen.

Die Schweden haben, so heißt es in den Mitteilungen, das Recht verweckt, auf die Ålandinseln Ansprüche zu erheben. „In unserer bittersten Not haben wir die Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Doppelzirkumflex der Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Blünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfahrt und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schweden seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Ålandinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir waren mit dem Russen auch ohne die Schweden fertig geworden, so

Fleischbezug in der Stadt Dresden

in der Woche vom 11. bis 17. März 1918.

Ruf die Fleischfleischkarten Reihe „A“ erhalten:

Personen über 6 Jahre

auf die Waren 1 bis 9 bis 200 Gramm Fleischfleisch mit Knochen aber — soweit vorhanden — bis 100 Gramm Fassfleisch aber bis 100 Gramm Wurst und außerdem 20 Gramm Feintalg.

Personen zwischen 1 und 6 Jahren

auf die Waren 1 bis 9 bis 200 Gramm Fleischfleisch mit Knochen aber — soweit vorhanden — bis 100 Gramm Fassfleisch aber bis 200 Gramm Wurst und außerdem 20 Gramm Feintalg.

[S 57]

auf die Waren 1 bis 5 bis 100 Gramm Fleischfleisch mit Knochen aber — soweit vorhanden — bis 80 Gramm Fassfleisch aber bis 100 Gramm Wurst und außerdem 20 Gramm Feintalg.

In der Zeit vom 11. März bis 7. April 1918

erhalten die Gäste, Schenk- und Speisewirtschaften wöchentlich 5 Proz. ihrer Belehrungen in Fleischfleisch durch die Fleischer und außerdem 10 Proz. in gesalzenem Fleischfleisch oder Würstchen durch die Vereinigung der Hotel-, Gast- und Saalwirtevereine zu Dresden, welche die gleichen Strafe 15 (Gesetzblatt 15/02). Sowohl die Jungen als auch das Fleischfleisch ist marktpflichtig. Auf eine Wurst dürfen 20 Gramm Junge oder 20 Gramm Fleischfleisch abgetragen werden.

Dresden, den 12. März 1918.

[S 57]

Der Rat zu Dresden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Dresden und Umgegend

D.M.-V.

Schützenplatz 20, I. u. II. Telefon 15079

Branche der Klempner und Installateure

Sonnabend den 16. März, abends 8 Uhr
im Restaurant Adam, Rauhbachstraße 16

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Gesellenausschusses und der Kommission über die Verhandlung mit der Innung und der Arbeitgebervereinigung und Stellungnahme dazu.
2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Im Anschluss der Abhandlung der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch.

Die Ortsverwaltung.

Ab 15. März 1918 wird die Geschäftszelt wie voint eingespielt:

Dresden: Von Montag bis Freitag: vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4½ bis 6 Uhr; Sonnabende: von 9 bis 3 Uhr duregendet.

Mügeln: Mittwochs nachmittags von 4 bis 6 Uhr und Sonnabends von 9 bis 3 Uhr.

Plattenfischer Gründl: Freitags von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags.

Haderbusch: Sonnabends von 9 bis 6 Uhr.

An allen Sonn- und Feiertagen sind die Büros geschlossen. — Wir bitten die Mitglieder, von dieser Tendenz Kenntnis zu nehmen und sich streng an an diese Geschäftszelt zu halten.

Allgemeiner
Mietbewohnerverein Dresden

Albert-Theater, Dienstag den 19. März 1918, abends:

Im weißen Höfli.

Altstädtischer-Theater, Sonntag den 24. März 1918, nachm.:

Operetten-Vorstellung.

Eintrittskarten sind in der Geschäftsstelle zu entnehmen.

SARRASANI

Allabendlich 7½ Uhr. Sonnabend, Sonntag,
Mittwoch auch 3 Uhr

TORPEDO -- LOS!

Das Hohe Lied vom U-Bootmann

Der Vorverkauf für die Sonnabend-Aufführungen

beginnt an der Circuskasse am Donnerstag

für die Sonnabend-Nachmittag-Vorstellung sind

alle Plätze bereits ausverkauft.

[S 60]

Vorverkauf: 1. Residenz-Kaufhaus

Sarrasani-Trocadero - Dir. Paul Arlt

2 bis 11½ Uhr: Stimmungs-Abende.

Musenhalle.

Vorstadt Lößnitz, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn 7, 13, 22

Täglich abends 8 Uhr. Nur noch bis Mittwoch:

Rezept gegen Schwiegermutter!

Orig. Lutipiel aus dem Spanischen von Don Manuel.

Naude und Bumble! Militärburleske.

Ab Donnerstag der neue große Nachschlag:

Was werden die Leute dazu sagen, ein

fülliges Gold in 9 Kästen von Doppelrosen u. Schloss.

Ab Ende nächsten 1. März 20 Pf.

Galt! Am Freitag alle in die Galt!

Zentralhalle

Eingang Fischhofplatz.

Übermorgen Freitag den 15. März, von 7 Uhr an

Gr. Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Gr. Inf. Bat.
Schlachten-Sieg. 108 unter perlm. Leitung
des königlichen Musikkapellmeisters H. Helfig.

[S 61]

„Vorwärts“ Dresdner Bau- gesellschaft Aktien-Gesellschaft.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zur achten ordentlichen General-Versammlung am Dienstag den 16. April, nachmittags 4 Uhr, in unserem Hauptkontor, Bettnerplatz 10, Hinterhaus, erste Etage, eingeladen. Tagesordnung: 1. Vorlegung des Geschäftsbuchs nebst Gewinn- und Verlustrechnung mit Bilanz und Bemerkungen des Aufsichtsrats. 2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz sowie die Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats. 3. Wählen zum Aufsichtsrat.

Dresden, den 8. März 1918.

Der Vorstand.

Karl Sindermann.

Der Aufsichtsrat.

Bernhard Junanek.

Dresdener Philharmonisches Orchester
XXII. Volks-Sinfonie-Konzert

Donnerstag den 14. März 1918, abends 7½ Uhr, im Gewerbehause.

Leitung: Edwin Lindner. Solistin: Anna Langenhan-Hirzel, München (Klavier). Programm: 1. A. Corelli: Konzerto grosso Nr. 8, Weihnachtsmusik für Streichorchester, zwei Soloviolinen, Solocello und Klavier, bearbeitet von A. Seizing. Soloviolinen: Konzertmeister Dölaudau und Czerny; Solocello: Prof. H. Kiefer; am Klavier: Edwin Lindner. — 2. Fr. Chopin: Klavierkonzert Nr. 1, E-Moll, mit Orchesterbegleitung. — 3. P. Tschaikowsky: Sinfonie Nr. 6 H-Moll (pathétique).

[S 77] Steinway-Flügel aus dem Lager C. R. Klemm.

Preise der Plätze: Mittelsaal 1.55 M., Militär 95 Pf., Hinter- und Seitensaal 1.25 M., Stehplatz 70 Pf.

Das beliebteste der

Lichtspielhaus
Residenz

Olympia
Altmarkt 13.

Ab Donnerstag den 14. März:



Henny Porten

in dem vieraktigen Lustspiel

Auf Probe gestellt.

Eleg. Kinderwagen und Kinderschlitten

Täglige

Eisenhobler

Schlosser

Dreher

Tischler

Holzschräfer

gesucht

für umfangreiche Holzarbeiten

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Fräser

Bohrer u.

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Kräftige Arbeitsfrauen

und Mädchen

gesucht

für bauernde Beschäftigung

Gartenarbeit. Vorstellen

früh 10—1, nachm. 4—6 Uhr.

Otto Oberg, Gartenbauert.

Striesen, Geisingstr. 28. [S 24]

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Hobler

Schlosser

sofort ges. f. Geschäftsb.

Magnus, Schreiter, Döbeln 5.

[S 24]

Täglige

Dreher

Sächsische Angelegenheiten. Um das Kohlengesetz.

Nach monatelangen Verhandlungen hat die außerordentliche Deputation der Ersten Kammer für das Kohlengesetz endlich einen Druckbericht herausgegeben. Er liegt in Gestalt eines umfangreichen Bandes von 69 Drucksätzen vor. Aus den darin enthaltenen Mitteilungen ersieht man, daß die Abfertigung des Vorlagen, die letzten sächsischen Kohlenreferenzen vor siedlischer preisreibender Ausbeutung zu bewahren, nur mit Mühe und in böser durchdrückter Weise auf dem Eigentumsanionismus der Boairs hat erreicht werden können. Eine Anzahl von ihnen hat unter Berufung auf die Paragraphen 27 und 31 der Verfassung verucht, den Entwurf als einen verfaßungswidrigen Eingriff in das Eigentum umzustellen. Man hat deswegen ein Urteil des Justizministers eingeholt, der das Vorleben eines solchen Eingriffs in Abrede stellt. Nach langem Widerstreit ist schließlich auch die Mehrheit der Deputation zu der Ansicht gelangt, daß eine Verfassungswidrigkeit nicht vorliege, weil der § 31 der Verfassung nicht einen Eingriff in das Eigentum verbiete, wohl aber eine angemessene Entschädigung erforderlich mache. Dies schließlich zum Siege gelangte Ansicht ist besonders vom Dresdner Oberbürgermeister vertreten worden, der aber gleichzeitig auch aus juristischen Erwägungen heraus die Anzahl des Justizministers befürwortete. Man hat sich bei den Beratungen auch wesentlich von der Befürchtung leiten lassen, daß die Gründe der Regierung für das Kohlengesetz zur Verstaatlichung, Sozialisierung oder Kommunizierung aller oder doch der elementarsten Lebenswerte, vor allem von Grund und Boden, führen müssten.

Über die Lösung war schließlich, nachdem man doch noch bevor zurückgeschreckt war, die ganze Vorlage scheitern zu lassen, eine möglichst reichliche Entschädigung für die Grundbesitzer herauszuschlagen. Eine solche hatte vor schon die Zweite Kammer gegen die sozialdemokratischen Stimmen im reichlich beseitigten Weise durch die sogenannte Förderabgabe vorgesehen, dann hat sich jedoch die Deputation der Ersten Kammer nicht begnügt. Sie hat noch eine Vorentscheidigung an solche Besitzer von Kohlenfeldern ein geführt, die noch längere Zeit auf die Errichtung ihrer Felder und daher auch auf die Förderabgabe warten müssen. Diese soll neben der Förderabgabe (bei Steinkohle 3 v. H., bei Braunkohle 5 v. H. des Wertes), die, sobald die Kohle auf einem Grundstück und isolante sie gefördert wird, dem Eigentümer zu zahlen ist, schon vor der Förderung bezahlt werden, zuletzt dem Bergamt durch Bohrungen im Grundstück die Menge der ansteckenden Stöße nachgewiesen wird. Die Regierung hat sich nach längerem Bögern schließlich notgedrungen mit einer solchen Vorentscheidung einverstanden erklärt und auf 15 Prozent des ermittelten Kohlenwertes bemessen, während von Mitgliedern der Deputation 50 Prozent gefordert worden waren. Die Deputation setzte den Satz für die Vorentscheidigung schließlich auf 20 Prozent des Kohlenwertes fest. Dieser soll für die Tonne Braunkohle weislich der Elbe auf 5, östlich der Elbe auf 3 und für die Tonne Steinkohle mit 12 Pf. angenommen werden. Die Vorentscheidigung wird auf Antrag gezahlt. Ist es geschehen, so wird so lange keine Förderabgabe gezahlt, bis die Vorentscheidigung nebst 5 v. H. Zinsen gedeckt ist.

Obwohl die Entschädigung der Grundbesitzer eine äußerst weitreichende ist und über alles billige Ermessens weit hinaus geht, sind einige Mitglieder der Deputation damit noch nicht zufrieden. Insbesondere wendet sich der Kammerherr Scherer d. Sahr-Ehrenberg in einem Sonderbericht gegen die Vorlage überhaupt, weil sie einen verfassungswidrigen Eingriff in das Eigentum dorfselle. Auch der Chemnitzer Industrielle Schneider ist noch nicht zufrieden gestellt. Es erscheint übrigens noch nicht sicher, daß die Vorlage in ihrer nunnen Gestalt eine Mehrheit in der Ersten Kammer findet. Sollte das aber doch der Fall sein, dann wird die neue weit umfangreiche geordnete Gesetzentwurf nun auch in der Zweiten Kammer noch schwierigen Meinungsstreit auslösen und schließlich auch noch ein kompliziertes Vereinigungsverfahren notwendig werden, ehe das neue Kohlengesetz als gesichert angesehen werden kann.

Sozialdemokratische Forderungen zur Wohnungs- fürsorge nach Friedensschluß.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag in der Zweiten Kammer eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung zu erüben, zur Milderung der nach Kriegsende abzusehenden Wohnungsknappheit unter Berücksichtigung folgender Forderungen und Grundsätze einzuleiten:
 1. Überlassung von Grund und Boden zum gemeinschaftlichen Kleinwohnungsbau zu billigen Preisen oder mittels Erbbaurecht durch den Staat.
 2. Bereitstellung von Staatsmitteln zu Hypotheken, auch erstelligen, für Kleinwohnungsbauten.
 3. Gewährung staatlicher Rüstkäufe zum Ausgleich der Bauflächenverteilung, insbesondere auch unverzüglicher Bauflächen zu dem Zwecke, die Mietpreise für neuerrichtete Kleinwohnungen auf das durchschnittliche, von den Bauflächen in Friedenszeiten bestimmte Maß herabzusetzen.
 4. Verhinderung willkürlicher Mietsteigerungen und Einziehung von Mieteinzugsämtern, die auch das Recht haben, unberechtigt hohe Mieten herabzufestigen.
 5. Festlegung eines besonderen Enteignungsrechtes zu Prozessen des gemeinschaftlichen Kleinwohnungsbau, das die Befreiung des Anlaufspreises nach dem heutigen Verhältnisse des Anlaufspreises zuläßt.
 6. Beschaffung von Unterkunfts möglichkeiten, die den hygienischen Anforderungen entsprechen, für die besonders schwierige Übergangszeit nach dem Kriege.
 7. Einleitung geeigneter Maßnahmen zu dem Zwecke, im Einvernehmen mit den Gemeindebehörden den Wohnungsbau von Häusern mit großen Wohnungen in kleineren zu ermöglichen.
 8. Vermehrung der Wohnräume nach der Anzahl der Bewohner und Beschaffung ungenügend ausgebaute Wohnungen für die gemeinschaftliche Wohnungs fürsorge.
 9. Verbesserung des Baues von Längswohnungen und Villen bis zu der Zeit, wo der Bedarf an Steinwohnungen gedeckt ist.
 10. Einleitung von Maßnahmen zum Zwecke beschleunigter

Bereitstellung solcher Baustoffe zu Kleinwohnungszwecken, die während der Kriegszeit in der Hand der Militärbehörden gewesen sind.

11. Verhütung einer Verlustung der Produktionsstätten für Baustoffe und Erhöhung der staatlichen Rüstproduktion.
12. Einwirkung auf die Reichsregierung zu dem Zwecke, vor der zu erwartenden Reichs-Friedensansprüche einen den großen Bedürfnissen entsprechenden Vertrag für die Wohnungs fürsorge zur Verfügung zu stellen.

II. Die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

gez.: Casian und Genossen.

Erhöhung der Gerichtskosten in Sachsen.

Dem Landtag ist ein Gelegenheitsantrag zur Änderung des Gerichtskostenwesens vorgegangen, sowohl es der Landesgesetzlichen Ordnung unterliegt. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß die für die Rechtspflege nötigen Bußgelder aus der Staatskasse, insbesondere im Kreis, so erheblich angehoben sind, daß die Einnahmen schon lange in keinem erträglichen Verhältnis mehr zu ihnen stehen. Der Entwurf sieht eine umfassendere Erhöhung der landesgesetzlichen Gerichtskosten vor. Die einzelnen Gebühren sollen insoweit erhöht werden, als sie nach den bisherigen Erfahrungen erhöhungswürdig sind und von ihrer Erhöhung eine nennenswerte Steigerung der Einnahmen der Staatskasse erwartet werden kann. Er erreicht die Erhöhung je nach der Art der Gebühr auf verschiedenen Wegen: wo die Gebühr nach einem Mindest- und Höchstbetrag bestimmt ist, durch Heraussetzen des Höchstbetrages, wo die Gebühr nach einem festen Satz erhoben wird, durch Bestimmung eines meist der bestehenden Gebühr entsprechenden Mindest- und eines Höchstbetrags, wo Gebühren nach Wertklassen bestehen, durch Einführung eines beschleunigten Ansteigens der Gebühr in den höheren Wertklassen und, wenn eine Höchstgrenze für das Ansteigen bestimmt ist, durch Bezeichnung dieser Schranke, wo die Gebühr nach Bruchteilen einer andervorts festgestellten Gebührenreihe erhoben wird, durch Erhöhung der Bruchteile usw.

9000 Leipziger Kinder aufs Land.

Der Rat der Stadt Leipzig will in diesem Jahre wieder rund 9000 Kinder, das heißt den zehnten Teil der gesamten Schuljugend, aufs Land entführen. Hierzu werden etwa 140 000 M. aus städtischen Mitteln zur Verfügung gestellt.

Meerane. Ein aufregender Vorgang trug sich vormittags hier auf des Polizeirath zu. Ein aus seiner Garnison Chemnitz geflüchteter, von hier gebürtiger Soldat entfloß seinem Transporteur auf dem Wege zum Bahnhof, worauf der Transporteur auf den Flüchtling schoß. Die Schüsse verfehlten ihr Ziel und richteten glücklicherweise auch sonst kein Unheil an. Der Flüchtling wurde nach bestmöglichem Widerstand wieder ergreifen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Bornaischen Straße in Leipzig ist am Sonnabend nachmittag eine 89jährige Witfrau bei dem achtseligen Überschreiten der Fahrbahn von einem Straßenbahnen tödlich überfahren worden. Die schwerbehinderte Frau hatte das Gedenkzeichen des Wagenführers nicht gehoben und war in den entgegenkommenden Wagen hineingelaufen. — In einer Maschinenfabrik in Altdorf ist der 16 Jahre alte Lehrling Fritz Hums von hier tödlich verunglückt. Er geriet beim Auflösen eines Treibstoffes ins Gerüste, wurde herumgeschleudert und so schwer verletzt, daß er sofort verstarb. — Ein Großvater brach im Gedränge des Mittwochabends und griff so rasch um sich, daß das Dach des Gebäudes und sämtliche Fensterläden zerstört wurden. Durch das Eingreifen der Feuerwehren gelang es, das Übelgreifen der Flammen auf die anstoßende Kornammer und auf die Schützestrennen zu verhindern. Das Vieh konnte noch rechtzeitig gerettet werden. —

Stadt-Chronik.

Alldeutscher „Arbeiterfrieden“.

Der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden, der Wehrverein, die Alldeutschen und wie sich die Überpatrioten alle nennen, hatten am Dienstag wieder einmal ihre Getreuen noch dem Vereinshaus versammelt, um ein Brotzeitstümum über einen rechten Arbeiterfrieden entgegenzunehmen. Nach Meinung des Leiters der Veranstaltung hat trotz des Friedens mit Russland das neueste Verhandlungsgespräch des Reichsfanglers an die Regierung in Le Havre wieder einmal das Gepränge des Verwicktiefriedens in seiner ganzen Größe und Gefährlichkeit gezeigt.

Was dann Herr Dr. med. Schiele aus Naumburg von einem Arbeiterfrieden erzählte, hat man in der Hauptstadt schon in Hunderten von Flugblättern und Broschüren der Alldeutschen und Vaterlandspartei lesen können. Er behauptete, der gegenwärtige Krieg, der von unseren Feinden aus wirtschaftlichen Gründen begonnen worden sei, sei im Keim ein Kampf gegen die deutsche Arbeit, das heißt also gegen den deutschen Arbeiter. Deshalb müsse auch der Friede ein rechter, echter Arbeiterfriede sein, der Arbeitsgelegenheit, Brotr, Replan und militärische Sicherheit verbürgt. Ihm ist ob der neuesten Wendung der Dinge im Osten der Stamm ganz gewaltig geschwunden, ihm genügt zur Verhütung eines Wirtschaftskrieges nicht die Freiheit der Meere, nein, er dankt es den deutschen Waffen, denen es gelungen ist, die Tore zu einem neuen Wirtschaftsraum aufzuwerfen, die volkstümlichen Grenzen hinauszurücken und neuen Ackerboden zu erobern, von dem auch nicht ein Stück wieder hergegeben werden dürfte. Sehr wertvoll war sein Eingeständnis, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg war, aber zu einem Eroberungskrieg geworden ist und werden mußt!! Dergestalt müsse der militärischen Sicherheit wegen behalten werden. Pflicht einer weitaußschauenden Regierung sei es, das nicht wieder darausgehen, was erobert ist, damit es in einem künftigen Kriege nicht noch einmal erobert werden müsse. Die wunderbare Wendung der Dinge im Osten zeige ein herrliches Bild, das kaum auszudenken sei! —

Raum einem siegreichen Heiden hält es dann der Herr Doctor aus Naumburg auch an der Zeit, an eine einheitliche Neugestaltung im Innern des Hauses zu gehen, ob sie etwas mehr sozial oder bürgerlich ausfällt, darüber — so sagte er — könne man sich später in Ruhe unterhalten.

So malt sich in den Köpfen der Alldeutschen die Idee eines Arbeiterfriedens. Wie lange noch gekämpft werden müsse, und wieviel Blut noch fließen müsse, um ihn zu erzielen, das hat der Herr vorzüglichweise verschwiegen. Die

deutschen Arbeiter wollen von einem solchen Arbeiterfrieden nichts wissen, sie fordern eine ehrliche, aufrichtige Versöhnung mit unseren Gegnern, die einen dauerhaften Frieden und damit eine freie Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft garantieren.

Die Notwendigkeit vermehrten Obstbaus.

Herr Großbaumschulenbesitzer Haubert machte für sich über dieses Thema bemerkenswerte Ausführungen. Er führte unter anderem aus, daß man in allen Gärten, wo man jetzt andere Bäume gepflanzt habe und kleinen Schäden brauche, diese Bäume austrocknen und dafür Obstbäume pflanzen sollte. Das Austrocknen sollte gerade jetzt geschehen, damit das Obstbäume ausruhen können. Vorläufig sollte man Gemüse pflanzen und im Herbst die Obstbäume einpflanzen. In eingestrichenen Grundstücken sollte man kleine Halbhoch- und Hochstämme, sogenannte Hornbäume, vor allem Pyramiden- und Spalierbäume, anpflanzen. Auch Quitten- und Beerenobst wurde dringend empfohlen. Die Sortenwahl sei die schwierigste Frage. Hier hole man sich am besten Rat in den Obstbauvereinen oder bei den Nachbarn.

Die Schädlingsbekämpfung erfordere viel mehr Aufmerksamkeit, als ihr jetzt zugewendet werde, ebenso die Pflege. Wichtig sei ferner die Bodenlüftung. Neben all diesen Punkten müsse in den drei Schichten der Bodenlüftung durch Winter-Obstbaume Luftöffnungen geschaffen werden. Ebenso sollten Verarbeitungsstellen errichtet werden, die sich in der Stadt Dresden als sehr sebensreich erweisen würden. Der Obstbau könnte jerner außerordentlich gefördert werden, wenn die Stadt- und die Gemeindeverwaltungen die Straßenwärter bzw. Strafenhelfer im Obstbau ausbildung, natürlich müsse sich jeder, und wenn er auch nur wenige Bäume habe, die Kenntnisse selbst aneignen. Die Stadt Dresden könnte noch sehr viel tun, wenn sie, namentlich an den Straßen der Peripherie der Stadt, Obstbäume anpflanze.

Bildungsarbeit in russischer Kriegsgefangenschaft.

Ein junger Lehrer, der jetzt nach dreijähriger Gefangenschaft aus Russland zurückgekehrt ist, erzählt in der Sächsischen Schulzeitung von der von ihm geleiteten Bildungsarbeit in einem großen Gefangenlager in Transbaikalien. Gleich im Anfang der Gefangenschaft traten mehrere deutsche und österreichische Volkschullehrer zu einer Beratung zusammen, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um dem geistigen Niedergang der Mitgefangenen zu steuern. Es wurde beschlossen, durch planmäßigen Unterricht und regelmäßige Vorträge das geistige Leben der Kriegsgefangenen nachzuhalten und die Liebe zur Heimat und die Hoffnung auf eine schönere Zukunft zu haben und zu pflegen. Die Ausführung dieses Beschlusses wurde einem Schulausschuß übertragen, der aus einem Reichsdeutschen, einem Österreicher und einem Ungarn bestand.

Die Tätigkeit begann mit nur wenigen Kursen, doch traten unaufhörlich neue Wünsche hervor, so daß weitere Kurse eingerichtet, manche verdoppelt, verdreifacht werden mußten. Im zweiten Kriegsjahr wurde bereits in 67 Kursen mit den verschiedensten Unterrichtsstücken unterrichtet. Den Unterricht erzielten 34 Volkschullehrer, 2 Kaufleute, 1 Architekt, 2 Gymnasiallehrer, 2 Kandidaten des höheren Lehramts, 2 Studenten, 1 Landwirt. Ein besonderer Kursus wurde für die Militärarbeiter eingerichtet. Weiter wurden 17 reichsdeutsche, 46 österreichische und 147 ungarische Kinalhaber sowie gefördert, daß jeder nach Jahresfrist geläufig lesen und schreiben könne.

Jeden Sonntag abend und meist auch an einem Wochenende wurde außerdem ein Vortrag geboten. Die Besucherzahl war immer sehr groß und betrug meist über 600 Personen, d. h. immer so viel, als eine Barthe fassen konnte, wenn alle Wünsche und Wünke direkt belegt waren. Es war eine mühselige Arbeit, die die kleine Schule Lehrer auf sich genommen hatte, doppelt mühselig deshalb, weil sie in der ersten Zeit der Gefangenschaft fast über gar keine Schriften und sonstigen Hilfsmittel verfügen.

Militärische Ehrenstrafen.

Die gegen Unteroffiziere und Mannschaften zulässigen militärischen Ehrenstrafen bestehen in Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Auf die Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes muß erkannt werden neben dem Verlust der bürgerlichen Ehrerecht. Auf Verlegung in die zweite Klasse kann erkannt werden, wenn der Mann gegen militärische Vergehen zum drittenmal verurteilt wird, falls seit der letzten Bestrafung nicht sechs Monate vergangen sind. Außerdem kann oder muß wegen der meisten militärischen Vergehen auf Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt werden.

Die Soldaten zweiter Klasse verlieren mit ihrer Verlegung in diese Klasse die erworbenen Orden und Ehrenzeichen, außerdem dürfen sie keine Hofordnungen tragen. Die vielfach verbreitete Meinung, daß solche Mannschaften nicht im Kampfe verwendbar werden dürfen, trifft natürlich nicht zu, sie sind verpflichtet, jeden Dienst zu machen, zu dem sie befohlen werden. Die mehrfach ergangenen Amnestien haben leider die Ehrenstrafen nicht beruhigt, sie sind geblieben und können nur auf dem Wege der Begnadigung behoben werden. Während des Krieges ist jedoch den kommandierenden Generälen das Recht zuerkannt worden, auf Vorschlag Soldaten zweiter Klasse wieder in die erste Klasse zu versetzen.

Eine weitere Ehrenstrafe ist die Degradation. Auf sie muß erkannt werden bei Gefangen von mehr als einem Jahre, neben Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, neben der Erkenntnis der Verfehlung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Amt. Auf Degradation kann erkannt werden in allen Fällen, die die Verfehlung eines Soldaten in die zweite Klasse zulassen. Die Degradation setzt keineswegs immer die Befreiung einer ehrlosen Handlung voraus, es genügt, wenn das Gericht zu der Überzeugung kommt, daß der Beschuldigte nicht die Eigenarten besitzt, die ein Vorgesetzter haben muß. Die Entfernung vom Dienstgrad eines Gefreiten ist überhaupt keine Degradation, sondern eine einfache Zurückverlegung, die auch als disziplinarische Maßnahme erfolgen kann. Der degradierte Unteroffizier kann aber, wenn er nicht etwa in die zweite Klasse versetzt wurde, wieder befördert werden.

Die Wahlreform wird betrieben, um die Arbeiter in den Abgeordneten und den Kabinettsministern bei der Stange zu halten im Interesse der Kriegspolitiker der Exzessionspolitiker. (Sehr gut und Goldene haben; in dem bei der Zusammenlegung der sozialen Wahlkreisgeometrie zu Gunsten bestimmter bürgerlicher Parteien des Zentrums und der Konservativen, zu Gunsten der Exzessionspolitiker betrieben. Von der Einführung des allgemeinen Wahlrechts werden die Parteien nur durch die Wahl mit der Sozialdemokratie abgehalten. Sie haben sich auf eine bewährte Verhältniswohl geprägt, bei der sie sicher nicht stehen können werden. Wenn man nicht einmal sehr, in der Zeit, in der ein verhindertes Jugendschicksal an das Volk erreicht, so wird man noch weniger das tun sein. Deshalb ist dieser Antrag, um Anfang einer beginnenden Reform, sondern diesen Antrag soll einer wichtigen Reformation den Weg verlegen, damit kann wir diese Vorlage ab, dadurch werden wir das Herz unser weiterer Völkerreiche gewinnen. (Wiederum bei den 100.)

Dr. Paul v. Bodenbender-Werner (Deutsche Partei): Ohne die Vorlage angehen zu wollen — die Regierung befindet sich in einer Position — wird die Regierung sich fragen müssen, ob nicht eine gewisse Menge des Reichstagswahlrechts notwendig ist, um noch Rücksicht nehmen muss auf die von dem Abgeordneten vertretene Glorie. Die Verteilung der Mandate erschwert und verzerrt das Interesse des Volkes an den Verhandlungen.

Zum Schluss die erste Verhandlung. Die Vorlage wird dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Es liegt die erste Fassung eines Gesetzesentwurfs vor:

Auflösung des Reichstagswahlrechts.

Reichstagswahlrechts Ämtern am 1. April 1918.

Die Vorlage wird dem Abgeordneten ausgetragen werden.

Die Vorlage wird dem Reichstagswahlrecht überwiesen.

Die Vorlage wird ohne Aussicht erörtert.

Abstimmung Mittwoch 2 Uhr.

Abstimmung des Zentrums betreffend den gewöhnlichen Abstand.

Abstimmung Mittwoch 2 Uhr.

